

"Mehrheitsklasse" und Hyperindustrialisierung : 7. Kongress der Schweiz. Gesellschaft für Soziologie : "Industriegesellschaft - Ende einer Epoche?", Universität Zürich, 17. - 19. Oktober 1985

Autor(en): **Farago, Peter / Schöni, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **5 (1985)**

Heft 10

PDF erstellt am: **04.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

‘Mehrheitsklasse’ und Hyperindustrialisierung

7. Kongress der Schweiz. Gesellschaft für Soziologie: “Industriegesellschaft – Ende einer Epoche?”, Universität Zürich, 17. - 19. Oktober 1985.

Dieser Kongress, der mehr als 300 Soziologen für 3 Tage gemeinsamer Debatten in Zürich versammelte, zerfiel stärker als frühere ähnliche Veranstaltungen in zwei Teile: Plenumsreferate einerseits und Diskussionen in themenzentrierten Arbeitsgruppen andererseits. Während es voraussehbar gewesen war, dass sich letztere im fachspezifischen Rahmen halten würden, konnte man von den *Plenumsreferaten* eine auch theoretisch tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Kongressthema erwarten. Ralf Dahrendorf (Konstanz) benutzte die Gelegenheit, eine Neuformulierung seiner bereits klassischen Konflikttheorie vorzutragen. Er legte seinen Einschätzungen der Krisenlage in hochindustrialisierten Ländern einen “Paradigmenwechsel” zugrunde: Im Gegensatz zum “klassischen Klassenkampf” des 19. Jahrhunderts habe sich in der Nachkriegszeit ein “demokratischer Klassenkampf” (S.M. Lipset) durchgesetzt, der in den 70er Jahren zu einer Gesellschaft “erfüllter Staatsrechte” geführt habe, die von einer “*Mehrheitsklasse*” verteidigt werde. Bedroht sieht Dahrendorf diese Mehrheitsklasse durch eine “individualisierte Unruhe”, und zwar nicht im “Klassenkonflikt”, sondern im “neuen Lumpenproletariat”, das sich als unfähig zu solidarischem Handeln erweise, wodurch aber das “Gewaltpotential” steige. Denn die Gesellschaft der neuen “Zugehörigkeit”, die fest im Sattel sitze, habe den “Rest” aus der Gesellschaft “hinausdefiniert”, was die Leistungsfähigkeit des “Sozialstaats” zur zentralen Frage der Zukunft mache. Die Konflikte, die wegen der sozialen Kosten der zunehmenden Individualisierung gesellschaftlicher Probleme entstünden, würden auf dem Rücken der Neuen Armut ausgetragen. Zu rekonstruieren gilt’s nach Dahrendorf den “Gesellschaftsvertrag” – weg vom Privileg der “Zugehörigkeit”.

Leider war dieser Prominentenauftritt zu kurz programmiert, um ernsthaft diskutiert werden zu können. Immerhin brachte aber der für den kurzfristig verhinderten Pierre Bourdieu (Paris) eingesprungene Alfred Willener (Lausanne) grundsätzliche Einwände gegen Dahrendorf vor. Mit Recht bezeichnete er den deutschen Soziologen als typischen Vertreter seiner “Mehrheitsgesellschaft”, von der aus Massenkonflikte nicht mehr von Klassenkonflikten unterschieden würden. Deshalb könne Dahrendorf auch nicht am einfachen Tatbestand interessiert sein, dass die Mehrheitsgesellschaft die “Herrschaftsklasse” einschliesse. Auf das von Dahrendorf im Anschluss an Hannah Arendt aufgenommene Diktum von der Arbeitsgesellschaft, der “die Arbeit ausgeht”, konterte Willener mit der Frage: Geht der Arbeitsgesellschaft nicht eher die Gesellschaft aus? Antworten darauf gab er in seinem eigenen Referat, in dem er die im Hinblick auf das Kongressthema besonders provokative These vertrat, wir bewegten uns mit der Durchrationalisierung des Tertiärsektors und dem universellen Einsatz maschineller Intelligenz auf eine “*société omni-industrielle*” zu, in der das Prinzip arbeitsteiliger, hoch-

automatisierter Produktion auf alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens ausgedehnt werde. Diese Annahme wurde in den Sitzungen der Gruppe "Technik-Arbeit-Arbeitszeit" aufgenommen und weiter diskutiert (s.u.).

Die eigentliche inhaltliche Arbeit am Kongress geschah, wie an solchen Veranstaltungen üblich, in den insgesamt 16 *Arbeitsgruppen*, welchen der ganze zweite Kongresstag für ihre Sitzungen zur Verfügung stand. Bei den Themen der Arbeitsgruppen dominierten die "Bindestrich-Soziologien": Migration, Medizin, Jugend, Kultur, Religion, Politik u.ä. Entsprechend war der Bezug zum Kongressthema eher locker, und entsprechend konventionell verliefen auch im grossen ganzen die Fachdebatten. Die Möglichkeit, vom üblichen Kongressritual abzuweichen und am Abend des ersten Kongresstages halböffentliche Veranstaltungen zum Gruppenthema durchzuführen, benutzten nur wenige Gruppen, etwa diejenigen über Arbeit (Organisation einer Betriebsbesichtigung), Familie (Autorenlesung) oder Minoritäten (Vorführen eines Filmes über Rassismus). Das Verharren im akademischen Rahmen entsprach der Intention von Vertretern der etablierten Soziologie; so hatte etwa *Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny*, Leiter des Soziologischen Instituts der Universität Zürich und derzeitiger Präsident der Schweiz. Gesellschaft für Soziologie, in seiner Eröffnungsansprache der Soziologie weniger "Irritierbarkeit" und "Aufgeregtheit" und stattdessen mehr "kritische Distanz" zum "Zeitgeist" gewünscht. Dass freilich nicht alle Kongressteilnehmer sich von der Tagespolitik verabschieden mochten, zeigten die rund 100 Unterschriften unter eine *Resolution* zuhanden der südafrikanischen Botschaft am letzten Kongresstag, mit der gegen die Hinrichtung eines schwarzen Intellektuellen in Südafrika protestiert wurde.

Weil alle Arbeitsgruppen parallel tagten, war es unmöglich, über die mehr als 100 Referate einen Überblick zu gewinnen. Angesichts des Zeitmangels, der allgemein beklagt wurde, war es bemerkenswert, dass der designierte neue Zürcher Soziologieprofessor, *Hans Geser*, einen ganzen Abend zur Verfügung gestellt bekam. Er präsentierte in Ansätzen eine "*Theorie der Unterlassung*", die im Anschluss an A. Gehlen (Institutionslehre), N. Luhmann (Systemtheorie) und G. v. Wright (Handlungstheorie) "strategische" Überlegungen zur "wachsenden Bedeutung des Nicht-Handelns in der 'aktiven Gesellschaft'" enthielt. Jenseits "linker" und "rechter" Positionen sind seine Argumente von "Besorgnis" und "Angst" vor "Selbstüberforderung" und "Selbstparalyse" der wachsenden Bürokratien geprägt; diese könnten die Bedingungen ihres eigenen "Zerfalls" herbeiführen und die Fortführung der "Marktverhältnisse" in Frage stellen. Geser vertraut in dieser Lage ganz evolutionistisch den "Selbstregulationsprinzipien", denen freier Raum gegeben werden müsse, u.a. dadurch, dass der Aktivitätsdrang der "Akteure" gedämpft, aufgefangen werde. Dies wird nach Geser möglich, wenn etwa streikende Arbeiter oder Friedenskämpfer einsähen, dass die "selbstwidersprüchliche Systemimmunität" ihrer Handlungen die "attackierten Institutionen" nicht, wie beabsichtigt, schwächt, sondern sie im Gegenteil höherentwickelt und weiterdifferenziert. Als Alternative scheint Geser ein wenig verschämt für die "mässige Lebensführung" eines "kontemplativ-erlebnisorientierten Modells" zu plädieren – und die andere Wirklichkeit, die sich ja von selbst reguliert, den

“neoliberalen” Kräften zu überlassen.

Über die inhaltlichen Debatten in den Arbeitsgruppen berichten wir im folgenden Beispiel der Gruppe *“Technik-Arbeit-Arbeitszeit”*; wir greifen damit einen Diskussionsstrang auf, der in dieser Zeitschrift schon wiederholt präsent war. Im Mittelpunkt der Sitzungen dieser Arbeitsgruppe stand das Bemühen, eine Bestandesaufnahme der für das Kongressthema relevanten arbeits- und industriesoziologischen Fragestellungen vorzunehmen und dabei insbesondere der schweizerischen Situation gerecht zu werden. Die Diskussionen verliefen innerhalb dreier Blöcke: Allgemeine Aspekte der Umstrukturierung im Arbeitsbereich und ihrer sozialen Konsequenzen; Arbeitszeitgestaltung; empirische Befunde zum Rationalisierungsprozess in Werkstatt und Büro. Im folgenden gehen wir auf einige der kontroversen Diskussionspunkte ein.

“Ende der Industrialisierung” oder “Hyperindustrialisierung”?

Auf der einen Seite werden im Zusammenhang mit der Veränderung der Arbeit auch sozialstrukturelle und ideologische Veränderungen postuliert, die allesamt in Richtung einer Ausdifferenzierung von Abhängigkeiten und einer Individualisierung der Orientierungs- und Verhaltensweisen gehen. Dagegen spricht eine fortgesetzte Industrialisierung, die nun auch den Tertiärbereich erfasst hat und die unter Bedingungen der Wachstumskrise mit einer Dualisierung von Arbeitssituationen und Beschäftigungslagen einhergeht (einerseits punktuelle Reprofessionalisierung an den kapitalintensiven Arbeitsplätzen, andererseits fortschreitende Taylorisierung der Massenarbeitsplätze und Anwachsen der Manövriermasse).

“Relevanzverlust der Arbeit” oder “Restauration der Arbeitswerte”?

Es werden Prozesse der organisatorischen Flexibilisierung, der Verknappung und zeitlichen Verkürzung der Arbeit geltend gemacht, welche die subjektive und objektive Relevanz auf den Freizeitbereich verschieben. Auf der andern Seite ist die Spaltung im Arbeitsbereich unübersehbar: Qualifizierte, gewerkschaftlich geschützte und ideologisch bedeutsame (“reprofessionalisierte”) Beschäftigungssituationen existieren neben marginalisierten, “flexiblen” und zahlenmässig bedeutsamen Beschäftigungssituationen, wobei die künstlich knapp gehaltene Arbeit insgesamt an Bedeutung gewinnt.

“Garantiertes Mindesteinkommen” (GME) oder “Aneignung des Arbeitsprozesses”?

Ein GME für alle soll den Lohn von der Arbeitsleistung abkoppeln und die für die Kapitalherrschaft fundamentale Trennung der Arbeit von der Existenz aufheben; dies im Sinne einer radikalen “Flexibilisierung” des Arbeitsinsatzes und zugleich einer Innovation von (nicht-lohnabhängigen) Arbeitsformen. Dagegen wird geltend gemacht, dass das Konzept des GME heute von der Realität des Produktionsprozesses ablenkt; statt sich auf Inseln der Kreativität zurückzuziehen, sollte man besser die Forderung nach sinnhafter Arbeit im Produktionsbereich selber durchsetzen, gegen den Widerstand der betrieblichen Herrschaftsstruktur.

“Dequalifizierung” und/oder “Segmentierung-Polarisierung”?

Es besteht ein Konsens darüber, dass die Qualifikationsentwicklung nicht bloss durch den technischen Wandel bestimmt ist, sondern ebenso durch die

Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Beschäftigten geprägt wird. Auf der einen Seite steht jedoch die globale Einschätzung, wonach insbesondere die Industrialisierung des Tertiärsektors beim heutigen Stand des Kräfteverhältnisses notwendigerweise zu einer überwiegenden Dequalifizierung der in diesem Bereich Beschäftigten führe; auf der andern Seite die Annahme, dass die heute sichtbaren Tendenzen der Segmentierung und Polarisierung auch im Bürobereich die Möglichkeit einer Reintegration zerlegter Tätigkeiten grundsätzlich beinhalten und deshalb umkehrbar seien, sobald das Management einsehe, dass ein menschengerechterer Einsatz der Technologie bei ganzheitlichen Arbeitsabläufen auch der Effizienz zugute komme.

Die Diskussionen haben insgesamt stärker auf die "Zukunft der Industrialisierung" als auf die "Zukunft der Industriegesellschaft" Bezug genommen; wobei die Frage, was denn unter "Industrialisierung" heute zu verstehen sei, oft gestellt, aber nie ganz geklärt worden ist. Auch ist in etwas ritualhafter Weise aufgezählt worden, was die Gewerkschaften bei der gegenwärtigen Entwicklung von Technologie und Unternehmerstrategie alles "verschlafen" haben (Ausweitung des gewerkschaftlichen Mandats auf ungeschützte Beschäftigungsformen, auf Arbeitslose und auf "proletarisierte" Angestellte des Tertiärsektors; Ausarbeitung von Konzepten und Strategien für den Einsatz der Technologie im Interesse der Lohnabhängigen etc.). Dieser Vorwurf ist nicht leicht zu entkräften, verweist aber ebenso deutlich auf die bisherigen Versäumnisse der Arbeitssoziologie und insbesondere auf den Bruch zwischen Forschungs- und Gewerkschaftsarbeit.

Peter Farago / Walter Schöni



Von der Schwierigkeit der Linken, politisch über Opposition zu reden

Zur Lage der Opposition, Tagung vom 2. November im Volkshaus Zürich

Die Oppositionstagung steht in einem politischen Spannungsfeld, hat Vorgesichte und sollte, wie es der Wille der vorbereitenden Arbeitsgruppe ist, Nachgeschichte haben. Die Frage, was Opposition heute hierzulande heissen soll, hat sich in der Sozialdemokratie wieder einmal ausgerechnet bei einer Bundesratswahl über der Frage der Regierungsbeteiligung gestellt. Die Widersprüche innerhalb der SPS führten wie bekannt nicht zu einer Entscheidung, der zur konsequenten Opposition geleitet hätte. Die Frage entschärfte sich nach den bekannten Abläufen in der etablierten Linkspartei; und die eigentliche Diskussion musste notgedrungen aus dem Rahmen der SPS (wieder einmal!) hinaustreten.

Zum Anlass der Tagung gehört aber auch ein vielleicht diffuses Orien-